

Germany-Berlin: Architectural and related services

OJ S 8/2020 13/01/2020

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Postal address: Straße des 17. Juni 112

Town: Berlin

NUTS code: DE300 Berlin

Postal code: 10623

Country: Germany

Contact person: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Referat Vergabe A4

E-mail: Vergabe.berlin@bbr.bund.de

Telephone: +49 30-184010

Fax: +49 30-3184018450

Internet address(es):

Main address: <http://www.bbr.bund.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=302463>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=302463>

I.4. Type of the contracting authority

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Gesamtmaßnahme Ertüchtigung d. baul. Anlagen des Bundespräsidialamtes

Teilbaumaßnahme C – Schloss Bellevue – Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI, LPH 2-9 sowie Besondere Leistungen VgV 47-2775/19

Reference number: VgV 47-2775/19

II.1.2. Main CPV code

71200000 Architectural and related services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Siehe II.2.4) – Beschreibung der Beschaffung.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71300000 Engineering services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE300 Berlin

Main site or place of performance: Bundespräsidialamt-Teilbaumaßnahme C – Schloss Bellevue Spreeweg 1 10557 Berlin

II.2.4. Description of the procurement

Die Liegenschaft Spreeweg 1 befindet sich in innerstädtischer Lage im Bezirk Mitte, Ortsteil Tiergarten.

Auf der Liegenschaft befinden sich neben d. Schloss Bellevue mit d. Alten Wache d. Verwaltungsgebäude, d. Neue Wache und d. Wirtschaftsgebäude d. Gärtnerei.

Das Schloss Bellevue wurde in den Jahren 1784-1787 errichtet. Nach umfangreichen Umbauten in den 1930er Jahren u. den schweren Kriegszerstörungen wurde das Schloss Bellevue in den Jahren 1955-1959 als Amts- und Wohnsitz f. d. ersten Bundespräsidenten d. Bundesrepublik Deutschland in d. alten Ausmaßen wieder aufgebaut. 1986/87 wurden d. Haupträume grundlegend erneuert und umgestaltet. 2004-2005 wurde d. Präsidentenwohnung in Arbeitsräume umgebaut u. das gesamte Schloss saniert. Das Schloss Bellevue ist seit 1994 1. Amtssitz des Bundespräsidenten.

Das Schloss Bellevue ist als Baudenkmal in der Denkmalliste Berlin verzeichnet und unterliegt d. Schutz- und Verfahrensvorschriften des Gesetzes zum Schutz v. Denkmalen in Berlin.

Auftraggeber/Nutzer: Bundespräsidialamt, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Gebäudenutzung: Repräsentation, Verwaltung, öffentliche Veranstaltungen

Neben repräsentativen und offiziellen Terminen wie Staatsbesuchen, Neujahrsempfängen, den Antrittsbesuchen von Botschaftern, ist das Schloss auch für Bürgerinnen und Bürger i. R. zahlreicher Veranstaltungen geöffnet.

Art der Baumaßnahme:

Denkmalgerechte Komplettsanierung und funktionale Umgestaltung des Schlosses Bellevue sowie Umsetzung der Bedarfsplanung.

Erforderliche Maßnahmen sind u. a.: Sanierung d. Daches, der Fenster (Schadstoffbelastung), Teilbereiche d. Parketts (Schadstoffbelastung), Ertüchtigung Lüftungssystem in repräsentativen Räumen, Erneuerung Sicherheitstechnik, Anpassung Veranstaltungs- und Medientechnik, Verbesserung Transportwege, funktionale u. technische Optimierung der Schlossküche für Veranstaltungen b. 250 Personen.

Im Rahmen der funktionalen Umgestaltung sind Ablaufszenarien für protokollarische Veranstaltungen zugrunde zu legen. Außerdem sind Räume der Gattin des

Bundespräsidenten, der Bereich Innenschutz, eine Rückzugsmöglichkeit für hohe Gäste,

repräsentative Zugänge, barrierefreie Verkehrs- und Rettungswege anzupassen. Ferner erfolgt eine Umnutzung der Büroräume im Nordflügel sowie die unterirdische Verortung des zusätzlichen Flächenbedarfs in einem Neubau wie z. B. Technikflächen, Lagerräume, Umkleiden und Nebenflächen.

Einzelheiten des Bedarfs:

Veranstaltungen: Moderne Veranstaltungsräume f. unterschiedliche Veranstaltungsgrößen, moderne Technik und Simultananlagen, Dolmetscherkabinen, Verdopplung Künstlergarderoben, Neuordnung der WC-Bereiche, Prüfung variabler Nutzungsmöglichkeiten im repräsentativen Bereich d. Schlosses, moderner Konferenzsaal, Untersuchung Kapazitätserweiterung auf bis zu 700 Personen, Verbesserung der Raumakustik im Langhanssaal, Büros, Umkleiden, Duschen, WCs, Büroarbeitsplatz Protokollbereich. Ausstellungsflächen für Staatsgeschenke, Besucherzentrum, Erweiterung Schlossküche, Personalbereich Schlossküche, BKA-Innenschutz: Ergänzend zum Personenschutz- und Innenschutzkommando vor Ort erfolgt die Verlagerung des zuständigen Vorkommandos von Berlin-Treptow ins Schloss Bellevue. Trainingsbereich des BKA. Sicherheitszentrale/Leitstelle: Zentralisierung d. Leitstelle der Bundespolizei und d. BKA, Beibehaltung Zuständigkeitstrennung. Pressekonferenzraum: Variable Raumgröße, Mehrfachnutzung des Raumes z. B. für Besuchergruppen. Vergrößerung Floristikbereich. Weitere Räume: Nebenräume z. B. Teppichlager, Hausmeisterraum, Werkstatt, Möbellager.

BGF: ca. 10 446,00 m²

Projektkosten für KG 300-400 gem. DIN 276: ca. 57 453 000,00 EUR brutto

Gegenstand des Auftrags sind Leistungen der Objektplanung Gebäude LPH 2-9 nach § 34 HOAI

Leistungsbild:

Objektplanung Gebäude § 34 HOAI, LPH 2-9, besondere Leistungen

Es ist eine stufenweise Vergabe der Leistungen vorgesehen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungen besteht jedoch nicht.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 108

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl erfolgt nach den Angaben zur Bewertung wie im Bewerbungsbogen beschrieben. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend (§ 51 VgV). Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden (§ 75 Abs. 6 VgV).

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11.

Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Der Vertrag ist erst in der 2. Stufe des Verfahrens einzureichen. Hierzu erhalten die für das Verhandlungsverfahren ausgewählten Teilnehmer gemäß § 17 Abs. 4 VgV eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes mit allen erforderlichen Unterlagen für die Angebotserstellung.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Teilnahmeberechtigt sind:

Natürliche Personen, die freiberuflich tätig und berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt/Ingenieur zu führen.

Juristische Personen, zu deren satzungsmäßigem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Fach-/Planungsleistungen gehören, sofern sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen.

Bietergemeinschaften aus natürlichen Personen und/oder juristischen Personen, sofern alle Partner die Anforderungen erfüllen.

Weitere Hinweise:

- 1) Der Bewerbungsbogen ist innerhalb der Bewerbungsfrist vollständig ausgefüllt und von dem /den Geschäftsführer(n) und/oder dem/den bevollmächtigten Vertreter(n) elektronisch in Textform gem. § 126b BGB über die eVergabe-Plattform des Bundes (<http://www.evergabe-online.info>) einzureichen. In Papierform eingereichte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Eine Unterschrift oder Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht notwendig. Der Name der bevollmächtigten Person ist im Unterschriftsfeld jedoch zwingend anzugeben. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Bewerbungsbogen für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzulegen – es ist nur ein Bewerbungsbogen zugelassen;
- 2) Der Nachweis der Unterschriftsbefugnis ist vom Bewerber, im Falle der Bietergemeinschaft von jedem Mitglied zu erbringen. Dies kann durch die Vorlage eines Registerauszuges erfolgen; soweit solch eine Eintragung nicht gegeben ist, ist dem Bewerbungsbogen eine Vollmacht beizufügen, in der alle Partner der Gesellschaft den Unterzeichnenden bevollmächtigen. Hierfür kann die Anlage 1 zum Bewerbungsbogen verwandt werden;
- 3) Unterzeichnete Eigenerklärung nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 2). Diese Anlage ist im Falle einer Bietergemeinschaft von jedem Mitglied vorzulegen;
- 4) Im Falle einer Bietergemeinschaft sind die Angaben der Mitglieder zu den Auftragsanteilen zu benennen (Anlage 3 a) (Ferner ist eine Vollmacht für den bevollmächtigten Vertreter der Gemeinschaft vorzulegen (Anlage 4);
- 5) Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers sind gem. § 36 VgV die Auftragsanteile, die als Unterauftrag vom Auftragnehmer vergeben werden sollen, zu benennen (Anlage 3 b);

6) Beruft sich der Bewerber oder Bieter, bei der Erfüllung des Auftrages auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer), ist in der 2. Stufe des Verhandlungsverfahrens für den Nachunternehmer die Eigenerklärung nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 2) und die Verpflichtungserklärung Nachunternehmer nach § 36 Abs. 1 VgV (Anlage 5) vorzulegen. Wenn ein Bewerber oder Bieter die Vergabe eines Teils des Auftrags an einen Dritten im Wege der Unterauftragsvergabe beabsichtigt und sich zugleich im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit gemäß den §§ 45 und 46 VgV auf die Kapazitäten dieses Dritten beruft und nur mit Hilfe fremder Kapazitäten (Nachunternehmen) die gestellten Mindestanforderungen erfüllen kann (Eignungsleihe gem. § 47 VgV), muss bereits mit der Bewerbung für den Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (Anlage 5), Nachweis der Unterschriftsbefugnis (Registerauszug und/oder Anlage 1) und die Eigenerklärung nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 2) vorgelegt werden.

Darüber hinaus ist in dem Fall, dass dies die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers betrifft, eine Erklärung über eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters und des Nachunternehmers für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemäß § 47 Abs. 3 VgV vorzulegen.

7) Nachweis über die Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Ingenieur“ durch Kopie der Eintragungsurkunde in der Architektenkammer bzw. Baukammer. Ausfüllen der Eintrags-Nr. im Bewerbungsbogen;

8) Hinweis: bei erforderlicher Genehmigungsplanung ist ein Bauvorlageberechtigter gemäß BauO Bln erforderlich.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Die Leistungsfähigkeit ist durch die Erklärung über den Umsatz der ausgeschriebenen Dienstleistung für die letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Bewerbungsbogen für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzulegen, d. h., die Umsatzzahlen sind zu addieren.

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag hinzugerechnet werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat. – siehe III.1.1) Punkt 6

Minimum level(s) of standards possibly required:

Der Jahresumsatz im Durchschnitt der letzten 3 Jahre muss im Bereich Objektplanung Gebäude mindestens $\geq 500\,000,00$ EUR netto betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Für den Nachweis der Leistungsfähigkeit sind folgende Auskünfte zu erteilen:

1) Angaben zur personellen Ausstattung des Bewerbers während der letzten 3 Jahre, insbesondere Ausbildungen, Fachrichtungen und Bürozugehörigkeit der Mitarbeiter im Sinne von § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV.

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Bewerbungsbogen für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzulegen, d. h., die Mitarbeiterzahlen sind zu addieren.

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers können nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers hinzugerechnet werden, die für den entsprechenden Leistungsanteil eingesetzt wurden.

— siehe III.1.1) Punkt 6 beachten.

2) Vorstellung von 2 mit der Bauaufgabe und der ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren realisierten Referenzprojekten gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV:

Es sind 2 mit der Bauaufgabe und der ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Referenzprojekte (P1, P2) vom Bewerber vorzustellen, die anhand der Auswertungsmatrix Stufe 1 bewertet werden.

Beide Referenzprojekte müssen spätestens im Jahr 2010 begonnen worden sein. Bei beiden Referenzprojekten muss die Leistungsphase 5 gem. § 34 HOAI spätestens mit dem Tag der Veröffentlichung abgeschlossen sein.

Insbesondere Angaben zu:

Projektbezeichnung, Ort, Bauherr/Auftraggeber, Ansprechpartner/Tel.-Nr., Entwurfsverfasser /Architekt, Projektdauer, Gebäudenutzung, Art und Typ der Baumaßnahme, BGF, Projektkosten, Umfang der eigenen Leistung, Vorlage eines projektbezogenen Referenzschreibens.

Neben dem Bewerbungsbogen sind maximal 3 DIN A 4 Seiten je Referenzprojekt in digitaler Form einzureichen. Darüber hinausgehende Unterlagen werden zur Wertung nicht zugelassen. Die Referenzprojekte (P1 und P2) müssen dem Bewerber eindeutig zuzuordnen sein. Im Falle einer Bietergemeinschaft können die Referenzprojekte von jedem Partner der Bietergemeinschaft eingereicht werden (insgesamt max. 2 Referenzen). Referenzprojekte des Nachunternehmers sind nicht zugelassen.

3) Vorstellung des Projektteams – Projektleiter, Projektmitarbeiter,

Insbesondere Angaben zu:

Name, Ausbildung/Studienabschluss, Berufserfahrung.

Beruflicher Werdegang sowie Studiennachweise der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiter, einschließlich des Büroinhabers, sind in digitaler Form vorzulegen.

4) Mit der Einreichung des Bewerbungsbogens erklärt der Bewerber/die Bietergemeinschaft, dass die für die Bearbeitung der ausgeschriebenen Dienstleistung nach heutigem Stand der Technik notwendige technische Hard- und Software vorhanden ist.

Eine ausführliche Erläuterung zur Bewertung der Referenzprojekte (P1, P2) ist der Auswertungsmatrix Stufe 1 zu entnehmen. Andere als unter Punkt 3 des Bewerbungsbogens vorgestellte Referenzen werden für den Teilnahmewettbewerb nicht zur Bewertung herangezogen.

Der Bewerbungsbogen sowie alle weiteren Vergabeunterlagen sind auf folgender Seite veröffentlicht:

www.evergabe-online.de

Minimum level(s) of standards possibly required:

Zu 1)

Die Anzahl der Mitarbeiter (einschl. Büroinhaber/n) im Durchschnitt der letzten 3 Jahre mindestens ≥ 6

Davon Anzahl der Mitarbeiter mit Studienabschluss der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (oder vergleichbarer Studienabschluss einer Fachhochschule oder Hochschule) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung (nach Studienabschluss) im Bereich Objektplanung Gebäude im Durchschnitt der letzten 3 Jahre mindestens ≥ 4

— Nachweis der Bauvorlagenberechtigung gemäß BauO Bln.

Zu 2)

Es sind 2 mit der Bauaufgabe und der ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Referenzprojekte vorzustellen, welche die nachfolgenden Mindestanforderungen erfüllen.

Beide Referenzprojekte müssen spätestens im Jahr 2010 begonnen worden sein.

Bei beiden Referenzprojekten muss die Leistungsphase 5 gem. § 34 HOAI spätestens mit dem Tag der Veröffentlichung abgeschlossen sein.

Davon:

Mindestens ein Projekt mit Projektkosten von mindestens ≥ 25 Mio. EUR netto der KGR 300 bis 400 nach DIN 276

Bei mindestens einem Projekt muss die Leistungsphase 8 gem. § 34 HOAI spätestens mit dem Tag der Veröffentlichung abgeschlossen sein.

Bei mindestens einem Projekt muss es sich um eine Sanierung unter Beachtung des Denkmalschutzes handeln.

Zu 3)

Projektleiter mit Studienabschluss der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (oder vergleichbarer Studienabschluss einer Fachhochschule oder Hochschule) mit mindestens 8 Jahren Berufserfahrung (nach Studienabschluss) im Bereich der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI, LPH 2-9 und Sanierung denkmalgeschützter Bausubstanz.

Davon mind. 5 Jahre als Projektleiter.

Zwei Projektmitarbeiter (PM-1 und PM-2) mit Studienabschluss der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (oder vergleichbarer Studienabschluss einer Fachhochschule oder Hochschule) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung (nach Studienabschluss) im Bereich der Objektplanung Gebäude gemäß §34 HOAI, LPH 2-9.

Das Projektteam sollte sich aus mindestens 3 Personen zusammensetzen.

Doppelbenennungen der Projektmitarbeiter sind nicht möglich.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

(siehe Hinweise III.1.1))

III.2.2. Contract performance conditions

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitarbeiter als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und führen zum Ausschluss sämtlicher hiervon betroffenen Bewerbungen, sofern die betroffenen Bieter nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

Mehrfachbeteiligungen von Nachunternehmern sind zulässig, sofern diese keinen maßgeblichen Einfluss auf die Angebotsgestaltung haben.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5.

Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 11/02/2020 Local time: 09:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 3 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Hinweis 1: bei Bietergemeinschaften ist der Bewerbungsbogen für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzulegen und auszufüllen. Die Anlagen und geforderten Nachweise sind im Falle einer Bietergemeinschaft durch jedes Mitglied vorzulegen.

Hinweis 2: die vorgenannten Erklärungen und der Bewerbungsbogen stehen uneingeschränkt und kostenfrei als Formularvordruck im Internet unter der Adresse www.evergabe-online.de zur Verfügung. Es ist ausschließlich der vorgesehene Formularvordruck zu verwenden.

Es besteht keine Pflicht zur Registrierung auf der E-Vergabeplattform. Über Änderungen der Vergabeunterlagen, Nachsendungen, Bieterfragen, Antwortschreiben u. ä. werden Sie jedoch nur bei vorheriger Registrierung automatisch unterrichtet. Andernfalls sind Sie verpflichtet, sich eigenständig die erforderlichen Informationen zu verschaffen.

Das Vergabeverfahren wird elektronisch über die E-Vergabeplattform des Bundes (unter www.evergabe-online.de) durchgeführt.

Der Bewerbungsbogen mit den Erklärungen ist zusammen mit den geforderten Nachweisen innerhalb der Bewerbungsfrist vollständig ausgefüllt elektronisch in Textform gem. § 126b BGB über die E-Vergabeplattform des Bundes (<http://www.evergabe-online.info>) einzureichen. In Papierform eingereichte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Eine Unterschrift oder Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht notwendig. Der Name der bevollmächtigten Person ist im Unterschriftsfeld jedoch zwingend anzugeben.

Die Kommunikation zwischen Bewerbern/Bietern und der Vergabestelle erfolgt grundsätzlich über die E-Vergabeplattform. Für die Teilnahme an der elektronischen Auftragsvergabe registrieren Sie sich einmalig kostenfrei unter www.evergabe-online.de. Informationen über die E-Vergabe und die technischen Voraussetzungen für deren Nutzung erhalten Sie unter www.evergabe-online.info. Telefonischen Support zur E-Vergabeplattform leistet die Hotline des BMI, die telefonisch unter der Rufnummer +49(0)228-99610-1234 zu erreichen ist.

Fragen der Bewerber sind über den Angebotsassistenten (ANA) der E-Vergabeplattform (als registrierter Nutzer der E-Vergabe) rechtzeitig vor Ablauf der Bewerbungsfrist zu stellen. Es werden ausschließlich Fragen beantwortet, die für die Erstellung des Teilnahmeantrages erforderlich sind. Die Antworten werden zeitnah erarbeitet und über die E-Vergabeplattform an alle Bewerber versendet.

Soweit der Bewerbung die geforderten Unterlagen und Nachweise (Punkt III.1.2) und III.1.3)) nicht beiliegen, sind diese auf Anforderung innerhalb der von der Vergabestelle hierfür benannten Frist über die E-Vergabeplattform des Bundes nachzureichen. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist vorgelegt, führt dies zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Hinweis 3 (Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung gem. Art. 7 DSGVO:

Die vom Bewerber/Bieter im Verlauf des Vergabeverfahrens – auf Anforderung – mitgeteilten personenbezogenen Daten werden nach den geltenden Datenschutzbestimmungen, insbesondere der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG 2018), streng vertraulich behandelt und ausschließlich zum Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens genutzt. Diese Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung der Bewerbung/des Angebotes. Angesichts des Umstands, dass bereits mit der Abforderung von Unterlagen personenbezogene Daten erfasst werden, willigt der Bewerber/Bieter bereits mit der Abforderung in die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung ein. Die Einwilligung ist freiwillig und erfolgt unbeschadet des Rechts zum Widerruf mit Wirkung für die Zukunft, sofern dem keine Rechtsgründe entgegenstehen. Die Nichteinwilligung kann jedoch zur Folge haben, dass die Bearbeitung der Bewerbung/des Angebotes und damit die Berücksichtigung im Vergabeverfahren unmöglich werden.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes

Postal address: Villemombler Straße 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

E-mail: vk@bundeskartellamt.de-mail.de

Telephone: +49 228-94990

Fax: +49 228-9499163

Internet address: <http://bundeskartellamt.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Zuständig für die Nachprüfung von Vergabeverfahren ist das Bundeskartellamt –

Vergabekammern des Bundes, Villemombler Str. 76, 53123 Bonn, Tel.: +49 228/9499-0, Fax: +49 228/9499-163.

Gemäß § 160 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb von 10 Tagen bei der Vergabestelle des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Referat A 4.1, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, gerügt werden.

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Rügen sind in elektronischer Form über die E-Vergabeplattform des Bundes einzureichen. Hilft die Vergabestelle der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung beim Bundeskartellamt unter der o. g. Anschrift innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt werden. Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit die Voraussetzungen von § 160 GWB vorliegen. Ferner wird auf die Vorschriften der §§ 134, 135 GWB hingewiesen.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – A 4.1 Vergabesachgebiet

Postal address: Straße des 17. Juni 112

Town: Berlin

Postal code: 10623

Country: Germany

E-mail: vergabe.berlin@bbr.bund.de

Telephone: +49 30-184010

Fax: +49 30-184018450

Internet address: <http://www.bbr.bund.de>

VI.5. Date of dispatch of this notice

09/01/2020